

Ralf Fücks

**Rede zur Eröffnung der Internationalen Konferenz
Mobilität und Inklusion
Arbeitsmigration von Hochqualifizierten in Europa**

Berlin, 18.-19. Februar 2010

Sehr geehrte Damen und Herrn,
Ladies and Gentlemen,

ich begrüße Sie herzlich im Namen der Heinrich Böll Stiftung. Wir freuen uns sehr über das große Interesse und die Teilnahme zahlreicher internationaler Fachleute an dieser Konferenz.

Wir wollen mit dieser Konferenz die Diskussion über Arbeitsmigration unter den Vorzeichen von Globalisierung und demografischer Entwicklung in Europa vorantreiben; darüber hinaus geht es darum, Empfehlungen für eine konsistente EU-Politik zur Arbeitsmigration und Arbeitsmarktintegration zu erarbeiten.

Während sich die öffentliche Debatte um Zuwanderung und Integration vor allem an kulturellen und religiösen Differenzen festmacht, ist aus unserer Perspektive die ökonomische Integration von Immigranten die Basis auch für ihre gesellschaftliche und politische Einbürgerung, wenn wir darin nicht nur einen formalen Akt sehen. Dabei geht es sowohl um Aufstiegschancen für Einwanderer wie um den Bedarf der europäischen Gesellschaften an talentierten Köpfen, zupackenden UnternehmerInnen, IngenieurInnen, ÄrztInnen und Fachkräften aller Provenienz. Der positive volkswirtschaftliche Effekt qualifizierter Zuwanderung steht außer Frage, gerade in einer globalisierten Ökonomie, für die interkulturelle Kompetenz und ethnische Vielfalt ein wichtiger Wettbewerbsfaktor ist.

Europa steht zunehmend vor dem Problem, seinen Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften zu decken. Zwar ist die EU bestrebt, Hochqualifizierte anzuwerben, um so die drohende demographische Krise und den damit verbundenen Fachkräftemangel abzuwenden. Aber die bisherigen Bemühungen zur Attraktion von „High Potentials“ aus aller Welt waren eher halbherzig und nicht sehr erfolgreich.

Die meisten europäischen Länder tun sich immer noch schwer damit, Neuankömmlinge aus anderen Kontinen-

ten und Kulturen zu akzeptieren, und das Fehlen einer aufeinander abgestimmten Einwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik der EU ist ein klarer Wettbewerbsnachteil. Kleinkarierte Regelungen zum Familiennachzug und Mobilitätsbeschränkungen innerhalb der EU wirken eher abschreckend auf potentielle Zuwanderer.

Dazu kommen Tendenzen zum Abschirmen der eigenen Arbeitsmärkte, die durch die aktuelle Wirtschaftskrise noch verstärkt wurden. Schon auf mittlere Sicht wirkt sich dieser vermeintliche Konkurrenzschutz für einheimische Arbeitskräfte verheerend auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Europas aus. Gerade für Deutschland mit seinen gravierenden demographischen Problemen ist Arbeitsmarkt-Protektionismus kein gangbarer Weg. Das Prognose-Institut sagt bereits für das Jahr 2015 eine Lücke von drei Millionen Fachkräften in der Bundesrepublik voraus.

Es wird erwartet, dass sich die Weltwirtschaftsleistung in den nächsten 20-25 Jahren verdoppelt und rund eine Milliarde neuer hochqualifizierter Arbeitsplätze entstehen. Die Frage ist, wie viele davon in Europa und Deutschland angesiedelt sein werden. Das Gewicht Europas in der globalisierten Wirtschaft wird von heute rund 19 Prozent auf geschätzte 5 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung zurückgehen. Dieser Trend ist unumkehrbar. Offen ist aber, welche Rolle Europa künftig in der internationalen Arbeitsteilung spielen wird, wie weit es ein Standort für innovative Industrien bleibt und am Wachstum der aufsteigenden Nationen teilhat.

Vor diesem Hintergrund werden Erzeugung, Vermittlung und produktiver Einsatz von Wissen zu entscheidenden Wohlstandsquellen im 21. Jahrhundert. Wirtschaftlich erfolgreich und sozial stabil kann Europa nur sein, wenn seine Mitgliedsländer sich zu nach oben durchlässigen, mobilen Gesellschaften entwickeln. Dafür braucht es den Zugang zu Wissen für alle Gesellschaftsschichten, soziale Aufstiegsperspektiven für Einwanderer und ausländische Studierende, die Überwindung geschlechtsspezifischer Benachteiligungen

und die Anwerbung von Hochqualifizierten - in dieser Reihenfolge. Wir können nicht durch die Anwerbung von Hochqualifizierten kompensieren, was wir gegenüber den bereits hier lebenden MigrantInnen versäumen.

Die aktuellen Trends gehen in die entgegen gesetzte Richtung: Während die Nachfrage nach Hochqualifizierten auf dem europäischen Arbeitsmarkt kontinuierlich steigt, sinkt aufgrund der demografischen Entwicklung in den meisten EU-Staaten das Angebot. Länder wie Deutschland oder Frankreich verzichten auf das kreative Potential großer Teile ihrer Bevölkerung. Formelle und informelle Barrieren beim Zugang zu Bildung und Arbeit behindern die Aufstiegswünsche von jungen Leuten aus bildungsfernen Milieus. Selbst gut ausgebildete Zuwanderer werden in ihrem Tatendrang gebremst, wenn ihre Qualifikationen nicht anerkannt werden oder die unsichtbaren Hürden für ihren beruflichen Aufstieg besonders hoch gelegt werden.

In den letzten Jahren ist sogar eine negative Wanderungsbilanz bei Akademikern und Fachkräften zu beobachten – so kehren qualifizierte junge MigrantInnen türkischer Herkunft der Bundesrepublik den Rücken, weil sie sich in der Türkei größere Chancen versprechen, und auch unter deutschstämmigen Fachkräften nimmt die Zahl der Auswanderer zu. Das wäre kein Problem, wenn dem eine wachsende Zahl von gut ausgebildeten Immigranten gegenüberstünde, die in Deutschland ihr Glück suchen wollen. Aber das ist nicht der Fall. Deutschland weist im Vergleich mit anderen europäischen Staaten und den USA einen besonders hohen Anteil von gering qualifizierten und einen besonders geringen Anteil hoch qualifizierter Einwanderer aus. Weder funktioniert der „Fahrstuhl nach oben“ für die bereits hier lebenden MigrantInnen der zweiten und dritten Generation, noch ist die Bundesrepublik besonders attraktiv für ambitionierte und gut ausgebildete Arbeitskräfte aus Drittstaaten.

Damit schwächen die europäischen Staaten ihre Position nicht nur gegenüber klassischen Einwanderungsländern wie USA, Kanada und Australien, die nach wie vor eine aktive Einwanderungspolitik betreiben; sie geraten zunehmend auch gegenüber traditionellen Auswanderungsländern wie Indien, China, Brasilien oder der Türkei ins Hintertreffen. Denn diese Länder sind längst selbst attraktive Wirtschaftsräume geworden, die Talente aus aller Welt anziehen.

Eine weitsichtige Politik für die Anwerbung und Integration hochqualifizierter Arbeitskräfte muss die Spannungen zwischen den verschiedenen Politikebenen Europas in Rechnung stellen. Gut gemeinten Initiativen der Kommission steht zu oft eine gegenläufige Praxis der europäischen Mitgliedsländer im Wege. Das Beharren auf der nationalen Souveränität in Migrationsfragen verhindert eine konsistente Einwanderungs- und Integrationspolitik in Europa.

Initiativen wie die Blue Card konzentrierten sich darauf, die Mobilität von Hochqualifizierten in der EU zu verbessern. Sie sind aber nicht eingebettet in eine multilaterale Migrationspolitik, die auch die Auswanderungsländer einbezieht. Eine umfassende Strategie zur Arbeitsmigration muss dem Prinzip des gegenseitigen Nutzens folgen und eine Ethik der Fairness praktizieren – sowohl gegenüber den Individuen, die sich auf die Reise machen, wie gegenüber den Ländern, aus denen sie kommen. Statt eines rücksichtslosen „race for talents“ brauchen wir Migrationspartnerschaften zwischen der EU und ihren Anrainerstaaten in Osteuropa und Nordafrika.

Zu einem solchen Paket gehören verstärkte Investitionen in den Bildungssektor, der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und die Förderung des privaten Unternehmenssektors in den Entsendestaaten, also Maßnahmen, die den sozialen Druck zur Auswanderung mindern und Anreize für die Rückwanderung qualifizierter Arbeitskräfte schaffen. Auch die Vergabe von Stipendien für Studierende aus Entwicklungsländern ist eine sinnvolle Maßnahme, wobei es ihnen überlassen bleiben muss, wohin sie sich nach ihrem Examen orientieren.

Diskussionsbedarf gibt es auch in der Frage, wie und nach welchen Prämissen die grenzüberschreitende Zuwanderung gesteuert werden soll. Wieweit kann und muss staatliche Politik Arbeitsmigration steuern - z.B. mit Instrumenten wie einem Punktesystem für die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen, die Einführung einer europäischen „Blue Card“ (mit voller Mobilität innerhalb der EU) oder einer gezielten Werbung um ausländische Studenten?

Das von der Heinrich-Böll-Stiftung vorgelegte, von Steffen Angenendt und Roderick Parkes verfasste Diskussionspapier „After the Blue Card. EU Policy on

Highly Qualified Migration“ schlägt verschiedene Wege aus der Sackgasse europäischer Einwanderungspolitik vor. Dazu zählt eine deutliche Verbesserung der Attraktivität Europas für Hochqualifizierte; die Mobilisierung aller einheimischen Potentiale sowie die Entwicklung Europas zu einem Raum des Wissens und der Bildung.

Am Ende der Konferenz wollen wir die Impulse aus dieser Vorlage mit den Anregungen aus der Diskussion zu einer politischen Handlungsempfehlung für die Europäische Union weiter entwickeln. Insofern ist Ihr Feedback im Verlauf der Tagung ein wichtiger Beitrag für die politische Handlungsempfehlung, die am Ende entstehen soll.

Diese Konferenz ist ein **Follow-up** der Vorgängerkonferenzen “European Governance of Migration” (September 2008) und „Euro-Mediterranean Border Management“ (Mai 2009). Sie wurde mit langjährigen und neuen **Kooperationspartnern** vorbereitet. Ich bedanke mich sehr beim British Council, der amerikanischen Botschaft und der International Organization for Migration; sie haben maßgeblich zur Realisierung dieser Veranstaltung beigetragen.

Ich wünsche Ihnen allen anregende Diskussionen sowie einen angenehmen Aufenthalt in der Heinrich Böll Stiftung und in Berlin.